

Pressemitteilung – 8. Dezember 2020

EU muss die Voraussetzungen für einen Investitionsschub „Post-Corona“ in Afrika schaffen

Berlin – „Die EU muss die gravierenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Krise für Afrika durch ein Investitions- und Wachstumsprogramm abmildern. Gemeinsam mit den großen Mitgliedstaaten sollten schon jetzt die Voraussetzungen für die Zeit nach der Rückkehr zur Normalität geschaffen werden. Es müssen schnell wirksame Maßnahmen beschlossen werden, um den dramatischen Einbrüchen im Handel und bei Direktinvestitionen etwas entgegen zu setzen“, sagt Stefan Liebing, Vorsitzender des Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft (AV) anlässlich des informellen Treffens von Vertretern von EU und AU im Vorfeld des Europäischen Rates am 10. und 11. Dezember.

„Die Verlängerung des von den G20-Ländern beschlossenen Schuldenmoratoriums für die ärmsten Länder in Afrika und die grundsätzliche Einigung mit den Staaten Afrikas über ein [„Post-Cotonou Abkommen“](#) sind dafür ein guter Anfang. Sie reichen aber sicher nicht aus, um Rezession, wachsender Armut und politischer Destabilisierung mit im Ergebnis erhöhtem Migrationsdruck in Richtung Europa wirksam zu begegnen“, so Liebing weiter.

„Wir müssen alles tun, damit Afrika schon bald von der Neuordnung der globalen Liefer- und Wertschöpfungsketten profitiert. Der Ruf nach Rückverlagerung von Produktionsschritten nach Deutschland oder Europa führt in die Irre und unterminiert die Entwicklungschancen ärmerer Länder. Mit der Verbesserung von Garantie- und Finanzierungsinstrumenten oder der Förderung von Sonderwirtschaftszonen kann es dagegen gelingen, Fertigungsstätten in afrikanische Staaten zu verlagern. Es müssen Investitionsanreize geschaffen werden, damit Konsumgüter, medizinische Schutzausrüstung und in der Perspektive auch weitere Produkte direkt vor Ort hergestellt werden. Das schafft Arbeitsplätze und Lebenschancen. Die EU sollte darüber hinaus den Marktzugang für afrikanische Agrarprodukte weiter erleichtern und alle Bemühungen für eine panafrikanische Freihandelszone unterstützen“, fordert der AV-Vorsitzende

„Neue bürokratische Hemmnisse für die europäische Wirtschaft in dieser Situation zu schaffen, lehnen wir ab. Mit Blick auf die Lieferkettenthematik sollte sich die Bundesregierung nicht nur national, sondern auch auf europäischer Ebene für Lösungen in Kooperation mit der Wirtschaft und unseren Partnerländern einsetzen,“ so Liebing weiter.

Die Staats- und Regierungschefs halten am 10. und 11. Dezember ein Treffen des Rates ab, welches sich neben der Bekämpfung der Pandemie auch mit den Außenbeziehungen, insbesondere mit Afrika, befasst.

Pressekontakt:

Daniel El-Noshokaty
Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft e.V.
T +49 30 2060719 77

el-noshokaty@afrikaverein.de
www.afrikaverein.de